

... es sollte kein Buch im Laufe des Jahres über die Schwelle mit kommen, vom Buchverleger gesendet.

Goethe, Gedichte, Episteln II. (1794).

ehrlich und überzeugt zum Gewerbesolidaritätsgedanken und zur Arbeitsgemeinschaftsidee. Sie seien der Auffassung, daß nicht im Klassenkampf oder allein im oft wirklichkeitsfremden Wertgemeinschaftsgedanken, sondern in dem Berufsgedanken die Zusammenarbeit und Verständigung mit den Unternehmern zu suchen sei. Wenn es gelänge, den Klassenkampfgedanken tatsächlich zu überwinden und die Arbeitsmarktparteien zu Leistungsgemeinschaften zusammenzufassen, so werde der Wirtschaft zweifelsohne nur gedient. Auf jeden Fall wird man diesen Dingen, die bei dem oft erörterten ständischen Aufbau eines neuen Staates eine Rolle spielen können, erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen.

Neben diesen Fragen ist es vor allem die *Mittelstands-*politik der nationalen Regierung, die gerade auch den deutschen Buchhandel sehr angeht. Schon vor den Wahlen hat Reichsminister Hugenberg, nachdem er die agrarpolitischen Fragen behandelt hatte, in einer Rede u. a. ausgeführt, daß er sich keinen anderen Weg zur Beseitigung der deutschen Wirtschaftskrise denken könne, als den gewerblichen Mittelstand im weitesten Sinne dieses Begriffes so zu stützen und zu fördern, daß er seiner lebenswichtigen Funktion im deutschen Volks- und Wirtschaftsleben gerecht werden könne. Der Wert und die Widerstandsfähigkeit einer starken Privatwirtschaft werde nicht durch die Größe der Konzerne und erst recht nicht durch eine ungesunde Zusammenballung spekulativer Kapitalkräfte begründet, sondern durch die Zahl und den Wohlstand von Millionen von Bauern, Handwerkern, Kaufleuten und selbständigen Menschen der freien Berufe. Nach einem gleichzeitigen Artikel im Berliner Börsen-Courier, der von den Absichten Hugenberg's bei Schaffung des Staatssekretariats für den Mittelstand ausgeht, müsse vor allem die Arbeitsbeschaffung für die mittleren und kleineren Betriebe im Vordergrund stehen. Handwerkerkarte, Meisterprüfung, Schutz gegen Schwarzarbeit und gegen das Zugabeunwesen, Schutz gegen Warenhaus und Konsumvereinswesen seien unbedingt notwendig zur Gesundung des selbständigen Mittelstandes. Eintreten müsse man auch für eine steuerliche Entlastung. Die Kreditpolitik müsse so betrieben werden, daß sie zu einer Stützung des Mittelstandes führe. Es dürfe kein Übergreifen der öffentlichen Hand auf die private Wirtschaft mehr geben. Die »Germania« erinnert übrigens daran, daß im Reichswirtschaftsministerium zum Teil ausgearbeitete, unterschristskreife Gesetzesentwürfe, wie z. B. über das Zugabeunwesen, über das Warenhauswesen, über Ladenschluß und Bahnhofshandel und andere in den Schubladen lägen, und fordert, sie sollten schleunigst in Kraft gesetzt werden. Zur Frage der Neuordnung des Kredits wies das Berliner Tageblatt eben auf einen Artikel von Quack, den Mitarbeiter des Reichswirtschaftsministers Hugenberg, in der Zeitschrift »Der Heimatdienst« hin, nach dem man das Problem der Kreditverteilung durch organisatorische Reform anpacken zu können glaube. Die Zentralisation unseres Bankwesens in Berlin werde in den verschiedenen deutschen Wirtschaftsgebieten schwer empfunden. Allgemein träte der Wunsch und das Bedürfnis hervor, daß wieder selbständige Provinzbanken und Bankiers entstünden, die den persönlichen und örtlichen Verhältnissen näher ständen. Die kapitalmäßige Fundierung sei schwierig, namentlich in einer Zeit der Reglementierung der Bankkonditionen und der Reichsbeteiligung oder latenten Reichsgarantie der Großbanken. Vielleicht sei als Ausweg gangbar, daß die Großbanken selbst in den Dienst der Dezentralisation sich stellten, indem sie zu Kommanditierungen veranlaßt würden. Nach Andeutungen von anderer Seite soll auch ein weiterer Zinsabbau ins Auge gefaßt sein. Über die möglichen Steuerreformen haben vor einigen Tagen Mitglieder des Reichsfinanzministeriums wichtige Mitteilungen gemacht. Staatssekretär Zarden wies darauf hin, daß die Lage immer noch durchaus ernst sei. Reserven seien in nennenswertem Umfange nicht mehr vorhanden. Was den Etat für 1933 anlangt, so sei man der Auffassung, daß weitere Ein-

schränkungsmaßnahmen nicht am Platze seien. Denn das wäre ein Bruch mit der ganzen Politik seit September 1932 und habe weitere Fortsetzung der Schrumpfung mit ihren daraus immer fehlgehenden Ergebnissen: Weniger Einnahmen — mehr Ausgaben, zur Folge. Aus allen möglichen Gründen sei eine Steuerentlastung unbedingt erforderlich. Wenn man das privatwirtschaftliche System erhalten wolle, käme man mit der heutigen Lastenverteilung nicht weiter. Ministerialdirektor Professor Hedding führte aus, das dringendste Problem sei eine Vereinfachung bei der Einkommensteuer, zunächst allerdings nur eine technische. Dem Vermögensrückgang müsse wieder durch einen Abschlag Rechnung getragen werden. Man werde sich auch schlüssig machen müssen über das Problem der Realsteuersperre. In der nächsten Zeit werde auch die Frage des Einbaus der Pfaffenpauschalierung in die Umsatzsteuer zu behandeln sein. Die Bürgersteuer müsse in ihrer gegenwärtigen Form verschwinden. Diese Steuerentlastung wird die deutsche Wirtschaft um so mehr benötigen, als sich die Ausichten auf die Erleichterungen, die ihr von der Weltwirtschaft her zukommen sollten, immer mehr verschlechtert haben. Es ist nur zu wahr, was der deutschen Wirtschaft jetzt immer wieder aufs eindringlichste von seiten der Regierung eingehämmert wird: wir sind ganz auf uns selbst gestellt; wenn wir uns nicht selbst helfen — von anderen haben wir keine Hilfe zu erwarten.

Weltwirtschaftlich ist gegenwärtig das wichtigste Problem naturgemäß die Krise in U. S. A. Die Zusammenhänge sind nicht ohne weiteres ganz durchsichtig. Daß Amerika eine schwere wirtschaftliche Notzeit durchmacht, ist längst bekannt. Wie bei uns im Juli 1931 trifft aber auch hier jetzt zu, daß die katastrophale Zuspitzung bis zur Panik nicht unvermeidbare naturnotwendige Zwangsläufigkeit war. Die Menschen selbst waren es, die durch Fehlgriffe und Unverstand das Unheil so zum Ausbruch kommen ließen. Mit Recht hat die Kölnische Zeitung darauf hingewiesen, daß die ins Gigantische getriebene künstliche Stützung der Warenmärkte zusammen mit der Stützung der Kreditinstitute auch in einem so reichen Lande wie Amerika, auf längere Sicht gesehen, nicht von Erfolg begleitet sein konnte. Eine wichtige Lehre müsse aus den Vorgängen in den U. S. A. gezogen werden, nämlich die, daß alle künstlichen Stützungen nur eine Belastungsprobe bis zu einem gewissen Punkt aushalten und dann versagen. Daß solche Gefahr bestand, daß man deswegen gewissermaßen auf einem Pulverfaß saß, daß alle prosperität der letzten Jahre nur noch ein Tanz auf dem Vulkan war, wußte man in U. S. A. längst. Seit Jahr und Tag ist kaum noch von etwas anderem die Rede gewesen. Alle Inflationserörterungen blieben jedoch zunächst ohne Folgen. Erst der Präsidentschaftswechsel brachte die Explosion. Dabei haben Gegnerschaften innerhalb der führenden Finanzkreise sowie zwischen Industrie und Banken eine entscheidende Rolle gespielt. Die Stützungspolitik war ja zugleich ein Instrument der großen Konkurrenzkämpfe in der amerikanischen Wirtschaft, die des weiteren den Hintergrund auch der politischen Machtkämpfe bilden. Ford, der letzten Endes den Krach ausgelöst hat, läßt die Zusammenhänge erkennen, wenn er in einem Interview äußerte, die gegenwärtige Krise könne nur überwunden werden, wenn das Geld- und Banksystem völlig umgebaut werde. Das jetzige System beruhe auf der Ausbeutung der Industriellen und Einleger durch die Banken. Ihre erste Pflicht sei, für die Sicherheit der Depositen zu sorgen, und deshalb sollten sie in Zukunft die Einlagen, deren Sicherheit sie zu verbürgen hätten, nicht verzinsen, sondern im Gegenteil eine Depotgebühr erheben. Geld als Geld dürfe ebensowenig Profit abwerfen wie etwa Briefmarken, denn nicht das Geld an sich sei produktiv, sondern nur seine Verwendung im volkswirtschaftlichen Kreislauf. Vorläufig sei die Menschheit aber noch vom Aberglauben an das Geld beherrscht. Die Folge des Eingreifens von Ford war eine überraschende Klärung der Lage. Die amerikanischen Einzelstaaten gerieten in einen Wettlauf um die Durchpeitschung von Notgesetzen, durch die die Bankenkommisare die Ermächtigung erhielten, bedrohten Banken ohne eine dauernde Schließung die Möglichkeit zu Auszahlungsbeschränkungen zu gewähren. Ein vom Kongreß beschlossenes Gesetz, wonach der Währungskontrolleur den Nationalbanken ähnliche Ermächtigungen erteilen könne,